

Die Lebensmittelsteuerung in Deutschland.

Auch im Deutschen Reiche ist das Leben durchaus nicht so billig, wie man es hier hinzustellen liebt. Wir haben schon einmal an der Hand von Preislisten aufgezeigt, daß wichtige Gemüsearten sogar im billigen München teurer sind als in Wien. Wichtig ist, daß „draußen“ das Fleisch billiger ist. Aber das hat seine natürlichen Gründe:

Die deutschen Truppen halten seit beinahe Kriegsbeginn das viehreiche Belgien und Nordfrankreich besetzt, während das viehreichste Gebiet Österreichs, Galizien-Bukowina, den ganzen Winter hindurch von den Feinden besetzt war. Während also Deutschland (zumal für seine Truppen) einen ganz erheblichen Teil seines Bedarfs aus Feindesland decken und den eigenen Viehstand schonen konnte, kam für Österreich das ergiebigste Viehlieferungsgebiet des Inlandes im Wegfall und mußte daher der Viehstand der übrigen Länder für den Ersatz herangezogen werden. Die Folgen kann sich jeder an den Fingern abzählen. Aber das ist noch nicht alles. Deutschland grenzt an Holland und Dänemark, deren Landwirtschaft zur blühendsten Europas zählt. Es konnte von dort wegen der Nähe ganz bedeutende Mengen an landwirtschaftlichen Produkten (Fleisch aller Sorten, Butter, Schmalz, Fette, Eier usw.) ohne großer Transportkosten einführen. Auch der Import aus anderen neutralen Ländern — über Schweden und Norwegen — stand ihm zu verhältnismäßig geringen Kosten offen. Nun lebt aber die Bevölkerung Norddeutschlands zum

großen Teile von Seefischnahrung, an der dort selbstverständlich kein Mangel und die daher wegen ihrer Billigkeit zur Poltsnahrung wie geschaffen ist. All das hat Deutschland vor uns voraus. Daß diese natürlichen Vorzüge von größtem Einflusse auf die Preislage sind, begreift jeder. Dazu kommt aber noch, daß Deutschland über ein ungleich entwickeltes Eisenbahnenetz verfügt, als es Österreich-Ungarn aufweist, und daher rasch die Zufuhr nach allen Orten des Reiches besorgen kann. Bei uns waren aber geradezu die Mängel der Zufuhr mit eine Hauptursache der Verteuerung. Freilich besitzt Deutschland auch einen anderen Verwaltungsapparat als wir. Die Verwaltungsreform war bei Kriegsausbruch erst ein frommer Wunsch und ist es natürlich noch heute. Daß die Schwankungen der Valuta — man vergleiche das Verhältnis von Krone und Mark vor dem Kriege mit dem von heute — auch sehr vieles in der Preisbewegung erklären, darauf hat schon Bürgermeister Dr. Weiskirchner in seiner Versammlungsrede hingewiesen.

Und trotz alledem sind auch die reichsdeutschen Blätter voll von Erörterungen der Lebensmittelsteuerung. Auch „draußen“ haben die Anordnungen der Behörden nicht selten versagt, auch „draußen“ ist viel herumexperimentiert worden, auch „draußen“ gab und gibt es rege Kartoffeldebatten, besonders im industriellen volkreichen Weizen hat man diesbezüglich noch immer recht weitgehende Wünsche. Und daß es auch in den Städten des Deutschen Reiches, natürlich auch in Berlin, eine Milch- und Butterfrage gibt, das geht aus der dringenden Eingabe hervor, welche am letzten Samstag der „Deutsche Städtetag“ an die Reichsregierung gerichtet hat. Der Erfolg war bisher für Berlin gleich Null. Der „Berl. Lokalanz.“ vom 12. d. schreibt:

„Das Ergebnis ist, daß die „Interessengemeinschaft der märkischen Milchproduzenten“ seelenruhig eine Preiserhöhung für die städtischen Großabnehmer vom 1. Oktober ab erklärt hat. Im Kleinhandel ist die Milch in Berlin von der größten hiesigen Firma auf 34 Pfennig frei Küche und 32 Pfennig am Wagen gesteigert worden und 30 Pfennig ist gegenwärtig der billigste Milchpreis in Berlin. Das Pfund Butter kostet seit den letzten Tagen 3 Mark, das Pfund Schmalz mindestens ebenfalls 3 Mark! (Es kann sich jeder ausrechnen, wieviel das derzeit österreichische Kronen für den Kilo ausmacht. D.R.) Die Bevölkerung erwartet von der Regierung, daß sie endlich durch wirkliche Taten, durch wirkliches Zugreifen, dieser gekennzeichneten Preisentwicklung ein Ende macht. Wir alle sind überzeugt, daß in Deutschland kein wirklicher Mangel an Nahrungsmitteln besteht, und es wirkt deswegen um so verbitternder, daß die Preistreiber ihr Gewerbe ruhig weiterführen, ohne daß man — abgesehen vom Mehl — ein wirkliches Einschreiten der Regierung sähe. Wir müssen endlich aus dem Stadium der Erwägungen heraus zu Taten gelangen. Es nützt nichts, wenn wir jeden Tag etwas Neues über geplante Maßregeln lesen und — die Preise weiter steigen.“

So schreibt und berichtet ein Berliner Blatt über Berliner Zustände. Es ist freilich ein magerer Trost, zu wissen, daß die Verhältnisse anderswo auch nicht besser liegen als bei uns, aber es soll einmal durch den Phrasennebel der Demagogenpresse hindurch die Wirklichkeit gezeigt werden, wie sie ist. Die Worte des Berliner Blattes an die deutsche Reichsregierung möchten wir allerdings mit mehrfacher Unterstreichung an unsere Regierung richten, insbesondere bezüglich der Kartoffelversorgung Wiens und der neuerlichen Preisanschläge der Wiener Molkereien!